

# Der deutsche Adel und die fürstlich-monarchischen Höfe 1750–1918

von *Karl Möckl*

Die europäische Neuzeit wurde durch die historische Forschung unter verschiedenen Aspekten gedeutet. Gerhard Oestreich sah den Vorgang einer fundamentalen „Sozialdisziplinierung“ als wesentlich an. Wilhem Dilthey und Karl Löwith stellten Säkularisierung und Profanisierung als maßgeblich in den Vordergrund. Max Weber arbeitete die grundlegende Rationalisierung von Staat und Wirtschaft heraus.<sup>1</sup> Bei all diesen Interpretationsversuchen werden Prozesse angesprochen, die das Profil der Neuzeit in ungeahnter Weise veränderten, wobei die Beschleunigung der Veränderungen dem 18. Jahrhundert eine besondere Bedeutung zuweist.<sup>2</sup> Aus der alteuropäischen Stände- und Feudalgesellschaft entwickelte sich die bürgerliche Industriegesellschaft.

Bei diesem Übergang kommt der Stellung des Adels eine paradigmatische Bedeutung zu. Das gilt ganz besonders für Mitteleuropa. Umso erstaunlicher ist, daß die Historiker der Rolle des deutschen Adels im 19. Jahrhundert bisher nur geringe Aufmerksamkeit widmeten.<sup>3</sup>

Es ist nicht ohne Reiz, den fürstlich-monarchischen Hof als Ausgangspunkt für die Formveränderung der Gesellschaft zu wählen. Die historische Staatlichkeit legt es nahe, die Epoche vom Aufgeklärten Absolutismus bis zur Revolution von 1918 als Einheit zu fassen. In diesem Zusammenhang ist vor allem nach dem Gestaltwandel des Hofes, der Bedeutung der Hofgesellschaft und nach der Rolle des Hofadels zu fragen. Die Feststellung ist fast trivial, daß sich dabei die Vorstellung vom Ideal der bürgerli-

1 G. Oestreich, Strukturprobleme der frühen Neuzeit. Ausgewählte Aufsätze, Hg. B. Oestreich, Berlin 1980; W. Dilthey, Weltanschauung u. Analyse des Menschen seit Renaissance u. Reformation, Ges. Schriften, Bd. II/4, Leipzig 1940; K. Löwith, Weltgeschichte u. Heilsgeschichte, Stuttgart 1967<sup>5</sup>; M. Weber, Wirtschaft u. Gesellschaft, Hg. J. Winckelmann, Tübingen 1976<sup>5</sup>; D. J. K. Peukert, M. Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989; W. J. Mommsen, M. Weber, Gesellschaft, Politik u. Geschichte, Frankfurt 1974.

2 R. Koselleck, Das 18. Jahrhundert als Beginn der Neuzeit, in: R. Herzog u. ders., Hg., Epochenschwelle u. Epochenbewußtsein, München 1987, 269–82.

3 G. A. Ritter, Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Kokka, Hg., Sozialgeschichte im internationalen Überblick, Darmstadt 1989, 13–88, 84; H. Reif, Der Adel in der modernen Sozialgeschichte, in: Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen u. Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Hg. W. Schieder u. V. Sellin, Bd. IV, Göttingen 1987, 34–60; H. U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. I, München 1987, 140ff., 585ff. Literaturhinweise; A. v. Reden-Dohna u. R. Melville Hg., Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860, Stuttgart 1988.

chen Gesellschaft dem Bild der geschichtlichen Wirklichkeit einen Schritt nähert.<sup>4</sup>

Mit der Ausbildung des absoluten Staates entwickelte sich aus dem „Reise-Hof“ des Fürsten der Hof der Residenz. Auch wenn der Herrscher an verschiedenen Orten residierte, gab es in der Regel nur eine Residenzstadt mit der für jede Monarchie unabdingbaren Hofhaltung. Erfolgte der Aufbau der ständischen Repräsentation seit dem 13. Jahrhundert durch die Ausgliederung des Adels aus der „familia“ des Landesherrn, suchte der Fürst nunmehr durch die Bindung des Adels an seinen Hof, die politische Eigenberechtigung des Adels aufzuheben. Der Idealfall gelang nicht einmal Ludwig XIV. von Frankreich. Der Hof wurde dennoch zum Herrschaftsinstrument. Der Fürst richtete Ämter ein, deren Inhaber ihn von den Aufgaben der Verwaltung und Rechtssprechung entlasteten. Die sich daran anschließenden Institutionen gewannen mit der Zunahme der Regierungstätigkeit an Bedeutung. Der Aufgeklärte Absolutismus trennte die Hofämter von den Regierungs- und Verwaltungsämtern. Dieser Prozeß führte in der deutschen Reformepoche zur Trennung von Staat und Dynastie, der Voraussetzung der Herausbildung des modernen Staates im 19. Jahrhundert.

Die herrschaftliche Verknüpfung von Hof und Land verdichtete sich weiter durch die Residenzpflicht der Söhne des Monarchen in den Provinzen, etwa in Preußen bis ins 20. Jahrhundert und in Bayern bis Ludwig I. Diese Präsenz des Hofes im Land entsprach spiegelbildlich der Pflicht der Anwesenheit des grundherrlichen Adels bei Hofe. Diese Repräsentation und Präsentation des Fürsten war nicht nur der Ausdruck seiner Reputation, sondern auch seiner höchsten Macht und Gewalt.

Der personelle und materielle Aufwand der deutschen Höfe wuchs im 18. Jahrhundert beträchtlich.<sup>5</sup> Die große Zahl symbolisierte Ansehen und politische Bedeutung des Fürsten und sollte seine Herrschaft legitimieren. Nicht nur das Schloß war der Ort öffentlicher Repräsentation, sondern die Residenzstadt, die als Typus bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts vorherrschend sein sollte. Die bauliche Ausgestaltung der Residenz zog eine Umgestaltung und Erweiterung der Stadt nach sich. Der Fürst war in der Stadt präsent und konkurrierte mit den lokalen Behörden. Adelspalais und Manufakturen traten neben Bürgerhaus und Handwerksbetrieb. Der

4 Für das Folgende vgl. vor allem den Sammelband K. Möckl Hg., Hof u. Hofgesellschaft in den deutschen Staaten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Boppard 1990; siehe auch K. F. Werner Hg., Hof, Kultur u. Politik im 19. Jahrhundert, Bonn 1985.

5 P. Baumgart, Der deutsche Hof der Barockzeit als politische Institution, in: A. Buck Hg., Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert, Hamburg 1981, 25–43; H. Ch. Ehalt, Schloß- u. Palastarchitektur im Absolutismus, in: H. Stekl Hg., Architektur u. Gesellschaft von der Antike bis zur Gegenwart, Salzburg 1980, 161–249; R. Vierhaus, Höfe u. höfische Gesellschaft in Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert, in: K. Bohnen u. a., Deutschland von der Reformation bis zur Gegenwart, Kopenhagen 1981, 36–56.

Hofdienst schwächte oder veränderte die Stellung des Adels auf dem Land. Dort, wie in Preußen, wo seine feste grundherrschaftliche Verankerung ungebrochen war, behielt er seine Macht und verschärfte seine soziale Abgrenzung.<sup>6</sup> Die Ordnung von Schloß und Garten wurde das Bau- und Planungsprinzip der Residenzstadt, wie Karlsruhe, Rastatt und Mannheim deutlich machen. Die Symmetrie als Ausdruck der Herrschaftsästhetik bestimmte die Herrschaftsdoktrin, den Hof und die Stadt. Die hohe Formalisierung der höfischen Welt bewirkte einen Modernisierungsschub, der sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft niederschlug. Der Ort dieses beschleunigten Wandels waren in erster Linie die Residenzstädte. Der Prozeß der Urbanisierung beeinflusste nicht nur die Form der absoluten, sondern auch die der konstitutionellen Monarchie. Die territoriale Differenzierung in Deutschland und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung wirkten nachhaltig auf die Rolle und das Selbstverständnis der Herrscher ein.

Industrialisierung und Bevölkerungswachstum machten nach 1850 aus den meisten Residenzstädten Hauptstädte oder sogar Großstädte.<sup>7</sup> Hier entwickelte sich im eigentlichen Sinne bürgerliches Selbstbewußtsein, bürgerliche Gesinnung und bürgerliche Kultur. Allerdings war dieses bürgerliche Lebensgefühl nie unbedrängt und die politisch-liberale Ausrichtung des Bürgertums unangefochten. In den meist kleineren und mittleren Staaten, in denen, wie in Hessen-Darmstadt, der Typus der Residenzstadt eine hohe Beharrungskraft besaß, kam es am ehesten zu einer Verbürgerlichung des Herrschertums. In den Staaten, wie Sachsen, in denen sich der gesellschaftlich-soziale Wandel mit hoher Dynamik dezentral vollzog, die verschiedenen Gesellschaftskreise sich verhältnismäßig unverbunden entwickelten, kam es zu einer residualen Begrenzung des Monarchen und des Hofes; oder im Falle einer Nationalisierung des politischen Lebens, wie in Preußen-Deutschland, zu einem Wandel der Monarchie mit cäsaristischen, auch populistischen Unterströmungen und Entscheidungstechniken.<sup>8</sup>

Trotz seiner unterschiedlichen Ausprägung behauptete im betrachteten Zeitraum der fürstlich-monarchische Hof seine zentrale Funktion. Diese Feststellung wird durch die Analyse der Hofgesellschaft erhärtet. Sie war in ihrer ursprünglichen Form das Gefolge des Fürsten. Die Hofordnungen

6 Wehler, 147; W. H. Bruford. *Die gesellschaftlichen Grundlagen der Goethezeit*, Ulm 1979, 53. Die Aussagen bei Bruford sind regional zu differenzieren.

7 W. Hardtwig, *Soziale Räume – Stadtentwicklung – Städtebau*, in: ders. u. K. Tenfelde Hg., *Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850–1933*, München 1990, 59–153. Dort weitere Literaturangaben.

8 M. Stürmer, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*, Berlin 1983, 316f., 404; ders., *Regierung u. Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus*, Düsseldorf 1974; E. Fehrenbach, *Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871–1918*, München 1969; J. C. G. Röhl, *Kaiser, Hof u. Staat. Wilhelm II. u. die deutsche Politik*, München 1987; R. J. Evans Hg., *Society and Politics in Wilhelmine Germany*, London 1978.

regelten die Vergabe von Mitteln und Stellen im Rahmen der Hofhaltung.<sup>9</sup> Mit der Zentralisierung der fürstlichen Herrschaft in der Residenz wuchs die Notwendigkeit der Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeit. Im 17. und 18. Jahrhundert entstand mit dem Vorbild des französischen Hofes in Versailles die höfische Gesellschaft als europäische Erscheinung. Die lokale Ausprägung dieser übernationalen Zivilisationsform konnte sehr verschieden sein. Das galt insbesondere für die Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.<sup>10</sup> Der Kern der Hofgesellschaft war der Hofadel. Um ihn gruppierten sich in mehr oder minder großer Zahl Bürgerliche herum, die sich der höfischen Lebensform anpaßten, die Nobilitierung anstrebten, sich jedoch vom traditionellen Adel unterschieden. Die Hofgesellschaft war hinsichtlich der Machtverteilung im Staat ein Spiegelbild der Gesamtgesellschaft. Fürst und Adel gaben den Ton an und Bürger spielten, mochten einzelne auch in bedeutende Regierungsstellen einrücken, bei Ausschaltung der Bauern nur am Rande ihre Rolle. Die bürgerliche Bewegung des 18. Jahrhunderts war in erster Linie eine literarische Bewegung und erst in zweiter Linie gesellschaftliche Opposition.

Gleichwohl veränderte sich in der Gestaltung der Hofgesellschaft des 18. Jahrhunderts der Begriff des Adels erheblich und zukunftsweisend. Indem der Fürst den Hof als Instrument der Herrschaft und der sozialen Disziplinierung benutzte und ihn zur Bühne seines Geltungsbedürfnisses machte, zerstörte er den Adel als Stand mit politisch-sozialer Eigenberechtigung. Der Adel begann, sich zu einer, wenn auch privilegierten Gruppe in der Gesellschaft zu wandeln, eine Entwicklung, die sich im konstitutionellen System des 19. Jahrhunderts fortsetzen sollte. Die Grundherrschaft konnte Lebensgrundlage sein, existentieller Bezugspunkt war der Fürst.

Die Hofgesellschaft war für den Thron aber nicht nur Zierde. Sie sagte dem Fürsten, wer er war und erwies sich daher als unabdingbar für die monarchische Ordnung. Insofern konnte sich der Reformstaat des 19. Jahrhunderts, wenn er es überhaupt gewollt hätte, nicht von der Hofgesellschaft trennen, ohne zum revolutionären Staat zu werden. Die Wechselwirkung zwischen Fürst und Hofgesellschaft bildete ein System gegenseitiger Abhängigkeit; aber die Mitte war der Fürst, und dies bedingte eine Hierarchie, die sich selber nur in einem sich erweiternden System der Teilung und Unterordnung verwirklichen und darstellen konnte. Stabilisierend im aufgeklärt-absolutistischen wie im konstitutionell-monarchischen System

9 Deutsche Hofordnungen des 16. u. 17. Jahrhunderts. Hg. A. Kern, 2 Bde., Berlin 1907.

10 Zum Folgenden: A. Winterling, Der Hof der Kurfürsten von Köln 1688–1794. Eine Fallstudie zur Bedeutung „absolutistischer“ Hofhaltung, Bonn 1986; K. Plodeck, Hofstruktur u. Hofzeremoniell in Brandenburg-Ansbach vom 16. bis 18. Jahrhundert. Zur Rolle des Herrschaftskultes im absolutistischen Gesellschafts- u. Herrschaftssystem, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken 86. 1971/1972, 1–260; Bruford, Grundlagen; ders., Kultur u. Gesellschaft im klassischen Weimar 1775–1806, Göttingen 1966; A. G. de Staël, Über Deutschland, Frankfurt 1985.

wirkte, daß zur Hofgesellschaft auch Bürger, Künstler und Wissenschaftler gehörten. Der bürgerliche Fürstendiener, der spätere Beamte begrenzte die Macht des Hofadels und vermittelte im 19. Jahrhundert zwischen Staat und Dynastie. Der Hofkünstler besorgte um den Lohn der Autonomie von Zunftverpflichtungen die öffentliche Präsentation des Fürsten und seines Hofes.<sup>11</sup> Die Initiierung neuer wissenschaftlicher Entwicklungen, erkennbar in der Akademiebewegung, sollte nicht der aufklärerischen Mode dienen, sondern auch durch die Anwendung neuer Erkenntnisse die Effektivität des Staates steigern. Der aufgeklärte Fürst war daran interessiert, die Hofgesellschaft zum personellen Spiegelbild seiner Herrschaftskonzeption zu machen. Der Hof sollte im Zentrum des öffentlichen Lebens stehen. Inwieweit dies gelang, hing vom Maß der Entmachtung der Stände ab.

Um den Charakter der aufgeklärten Reformen rangen der Fürst und seine Bürokratie einerseits, die Stände bzw. Ständeausschüsse, die durch den Adel und das alte Patriziat dominiert wurden, andererseits. Das galt für die meisten deutschen Territorien. In Preußen, wo es zu einer besonders engen Verbindung von Krone und Adel gekommen war, gewann der Hof durch die Identität von Staat und Dynastie eine besondere Form allein schon dadurch, daß der Adel insgesamt seine privilegierte Stellung in Verwaltung und Armee, in Gerichtsbarkeit und Güterordnung zu behaupten vermochte.<sup>12</sup> Einflußreiche Hofkreise und bauliche Repräsentation genügten nicht, um dem Hof als solchem stärkeres Profil zu verleihen. Diese und das eher karge gesellige Leben am preußischen Hof bedeuteten aber nicht, daß sich das politische Gewicht des Adels insgesamt vermindert hätte. Im Gegenteil, da am preußischen Hof die dualistische adelig-fürstliche Tradition des 18. Jahrhunderts fehlte, wuchs dem Hofadel bereits in der Reformepoche eine Stärke zu, die es ihm unter Wahrung und Vermehrung der eigenen Privilegien erlaubte, einer partiellen Modernisierung von Staat und Gesellschaft zuzustimmen und sie zu fördern. Erst nach 1870 wandelte der preußische Hof seinen Charakter. Er wurde kaiserlicher Hof und gewann unter Wilhelm II., vor allem auch durch die Form der Kabinettsregierung, den Charakter eines zentralen Lenkungsinstrumentes.<sup>13</sup>

Schon die Vorstellung vom sakralen Königtum umfaßt die Unterscheidung zwischen der Dauerhaftigkeit der Würde des Amtes und der Zeitlichkeit des jeweiligen Amtsinhabers. Nach dieser Theorie hob der Aufgeklärte Absolutismus das Amt von der Person des Fürsten ab und bereitete die Trennung von Staat und Dynastie in der Reformepoche vor. „Revolutionen

11 M. Warnke, Hofkünstler. Zur Vorgeschichte des modernen Künstlers, Köln 1985.

12 R. Koselleck, Preußen zwischen Reform u. Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung u. soziale Bewegung von 1791–1848, Stuttgart 1975; B. Vogel Hg., Preußische Reformen 1807–1820, Königstein 1980; H. Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: H. U. Wehler Hg., Moderne Deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, 287–308.

13 Röhl, vor allem Kapitel 1, 3 u. 4.

von oben“ sicherten den Bestand der Monarchie, indem sie Staat und Dynastie verfassungsmäßig einbanden. Nicht in allen deutschen Staaten kam es zu einer Verfassungsgebung, aber doch zur Einführung von Gesetzeswerken, die Elemente einer Konstitution vorwegnahmen. Wie radikal der Übergang von der feudal-ständischen zur modern-staatlichen Ordnung sein werde, war zunächst offen. Ein Umbruch des Lebensstils korrespondierte mit einer zeitweilig konstatierbaren Dominanz des bürgerlichen und ministeriellen Einflusses bei Hofe.<sup>14</sup> Die Waagschale senkte sich zugunsten einer Monarchie mit starken traditionellen Elementen. Die Gründe sind verschiedenartig. Die Dynastien verzichteten auf den Staat als ihr patrimoniales Eigentum. Sie ermöglichten damit die Reformen, ohne grundsätzlich den Herrschaftsanspruch aufzugeben. Gleichzeitig wurde die Legitimation der staatlichen Gewalt durch eine Repräsentation des Volkes, wenn auch in ständischen Traditionen, auf eine breitere Grundlage gestellt. Die Hebung des Staatskredits diente auch dem Herrscher. Von bedeutsamer Wirkung war das napoleonische Kaisertum, das „republikanische“ Begründung mit Erblichkeit und Legitimität zu verbinden suchte. Die vom französischen Usurpator mit einer Standeserhöhung beschenkten Fürsten der deutschen Mittelstaaten waren, wie die Fragilität ihres Selbstbewußtseins zeigt, nie ganz frei von diesen „revolutionären“ Ursprüngen ihrer neuen Herrschaft.

Die Durchsetzung des monarchischen Konstitutionalismus in den deutschen Staaten wurde vor allem dadurch begünstigt, daß sich aus der adelig-bürgerlichen Gesellschaft des endenden 18. Jahrhunderts die Voraussetzungen zur Absicherung der Monarchie entwickelten.<sup>15</sup> Der Staat unterwarf sich zwar einerseits auf dem Wege der Reform den Adel, konstituierte ihn aber andererseits als bevorrechtigte, privilegierte Gesellschaftsschicht neu. Bei veränderter Stellung blieb der Fürst der Mittelpunkt des politisch-sozialen Systems. Die landesherrlichen Hausgesetze hatten in der Regel Verfassungsrang. Bei ihrem Erlaß wurde die Mitwirkung der Agnaten ausgeschlossen. Die Souveränität des Herrschers galt auch gegenüber der Familie.<sup>16</sup> Monarchisches Prinzip und Hausgesetze verknüpften die Dynastie unauflösbar mit dem Land, sicherten aber auch den Einfluß des Herrschers auf den Staat. Sichtbar wurde diese Verbindung durch den Hof und die Hofgesellschaft. Sie verliehen dem Herrscher Glanz und Einflußmöglichkeiten über die engere Verfassungskompetenz hinaus. Ohne sie

14 E. Weis, Hof u. Hofgesellschaft in Bayern unter König Max I., in: Möckl Hg., 79–92; zur allgemeinen Situation W. K. Blessing, Umbruchskrise u. „Verstörung“. Die „Napoleonische“ Erschütterung u. ihre sozialpsychologische Bedeutung (Bayern als Beispiel), in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 42. 1979, 75–106; T. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866, München 1983, 73, sieht in der Trennung von Staat und Dynastie die Ausgangslage für die „Verbürgerlichung des Lebensstils der Monarchen“.

15 K. O. v. Aretin Hg., Der Aufgeklärte Absolutismus, Köln 1974; siehe vor allem die Einleitung.

16 Im Falle der Einsetzung einer Regentschaft gewann diese neue Lage eine besondere politische Bedeutung. Vgl. K. Möckl, Die Prinzenregentenzeit, München 1972, 106.

wäre er wenig mehr als ein herausgehobener Beamter gewesen. Die Unabhängigkeit und den Unterhalt des Monarchen und seiner Familie gewährleistete der Staat durch die Zivilliste. Sie ermöglichte auch die mäzenatischen und sozialen Vorlieben des Herrschers.

Zum fürstlich-monarchischen Hof gehörten die Hofstaaten des Herrschers und der Mitglieder seiner Familie. Die Hofhaltung umfaßte ursprünglich alle bei Hofe Beschäftigten, alle jene, die Hofämter besoldet oder ehrenhalber innehatten. Im 18. Jahrhundert fand eine Ausgliederung des Gesindes statt, für das dann ein eigenes Dienstreglement galt. Soweit Kronämter bestanden, wie in Bayern, verklammerten diese Würden Dynastie, Hof und Staat. Hof und Hofgesellschaft verbanden der Fürst einerseits und die Mitglieder des Hofes mit Hofrang andererseits. Die Hofrangordnung als „Verfassungsurkunde der Hofgesellschaft“ gab der Hofgesellschaft Gestalt.<sup>17</sup> Es bestanden überkommene Rechte; aber prinzipiell hing es von der fürstlichen Gnade ab, wer von den Mitgliedern des Hofes, des Adels, des Bürgertums und des Beamtentums dazu gehörte. Der Fürst bildete die Mitte. Er entschied über politische, kulturelle, soziale und materielle Chancen, setzte durch Titel und Orden seine Akzente oder veränderte die Ordnung, er war Herr des Zeremoniells und der Etikette. Selbst die Mehrheit des liberalen Bürgertums sah in ihm den Angelpunkt der Elitebildung. Noch im 19. Jahrhundert besaß er die Rechte der Jurisdiktion über Familienmitglieder, Standesgenossen oder Mitglieder des Hofes. Die Hofgesellschaft war ein wesentlicher Teil der Oberschicht. Sie öffnete sich in ihren äußeren Kreisen der Gesamtgesellschaft und betonte im Kernbereich ihre Exklusivität. Der Hof war in der bürgerlichen Welt nicht mehr das einzige Zentrum, wohl aber der Fluchtpunkt der Gesellschaft.

Hofrangordnungen konnten kodifiziert werden oder als überliefertes, auch gestaltbares Recht in Kraft sein. Am Wiener Hof galten die Traditionen des Spanischen Hofzeremoniells. Änderungen im Rahmen dieser Übungen waren nur durch persönliche Gunstbeweise des Kaisers denkbar.<sup>18</sup> Die Hofgesellschaft verengte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zur Partei der Aristokratie, zum „Olymp“, schloß sich kastenartig ab und vertrat nur ihre Interessen. Eine Verbürgerlichung der Monarchie war undenkbar. Öffneten sich der Kaiser oder seine Familie Reformbestrebungen, sahen sie sich bald in der Rolle von Revolutionären.<sup>19</sup> Die Hofgesellschaft setzte sich erfolgreich sowohl gegen ein modernes Herrschertum als

17 K. Blaschke, Hof u. Hofgesellschaft im Königreich Sachsen während des 19. Jahrhunderts, in: Möckl Hg., 177–206.

18 H. Stekl, Der Wiener Hof in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Möckl Hg., 17–60.

19 B. Hamann, Rudolf. Kronprinz u. Rebell. Wien 1978<sup>5</sup>; dies., Der Wiener Hof u. die Hofgesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Möckl Hg., 61–78; Kronprinz Rudolf, Majestät ich warne Sie . . . , Geheime u. private Schriften. Hg. B. Hamann, Wien 1979.

auch gegen bürgerliche Ziele zur Wehr. Ähnlich waren die Verhältnisse im Königreich Hannover. Auch in dem kleinen Herzogtum Sachsen-Coburg (-Saalfeld)-Gotha, bekannt wegen seiner dynastischen Beziehungen zu den Königshäusern von Großbritannien, Belgien, Portugal, Brasilien und Bulgarien, waren Hof und Bevölkerung verschiedene Welten.<sup>20</sup> Die Hofgesellschaft im engeren Sinn begriff sich weitgehend als eine altadelige geburtsständische Elite. Die Hofrangordnung gestaltete der Herzog nach seinem Gutdünken. Die Nobilitierung für Inländer war selten und wenn sie vorgenommen wurde, war sie ein ganz persönlicher Akt des Landesherrn. Hof und Staat waren bis ins 19. Jahrhundert eine Einheit. In konstitutioneller Zeit war die Trennung eher formal, da die Kabinettsregierung beibehalten wurde und die staatlichen Behörden in erster Linie Verwaltungsfunktionen hatten und kaum mit Entscheidungsvorgängen befaßt waren. Im Preußen der Zeit vor der Reichsgründung schloß sich die Hofgesellschaft ab und übte nur eine geringe Wirkung auf bürgerliche Kreise aus. Das bedeutete aber nicht, daß die Dominanz der Hofgesellschaft in der Politik nachgelassen hätte.<sup>21</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß für die Epoche Friedrich Wilhelms III. und Friedrich Wilhelm IV. die Leitprinzipien der Entwicklung von Hofgesellschaft und bürgerlicher Gesellschaft auseinanderwiesen und die Trennung von Staat und Gesellschaft verdeutlichen. Das erklärt auch, warum es in Preußen und schließlich im Deutschen Reich nicht zu einer Vollendung des konstitutionellen Systems kam.

Bei den zusammengewürfelten ehemaligen Rheinbundstaaten Baden, Hessen, Bayern und Württemberg gewann die Hofgesellschaft eine neue Gestalt und hatte eine wichtige Integrationsfunktion. Die Aufzeichnung der Rangordnungen spiegelt diese Aufgabe wider. Die Eingliederung der traditionellen Adelsgesellschaft und des Adels der Reformzeit diente auch der Sicherung der Reformen. Es galt, den mediatisierten und eigenberechtigten Adel dem neuen Staat zu unterwerfen und das monarchische Prinzip gesellschaftlich und politisch abzusichern. Die Gewährung von politischen, materiellen und standesrechtlichen Privilegien hatte gleichsam im Gegenzug, die Erhöhung und Präsentation des „neuen“ Herrschertums zu ermöglichen. Dieser Prozeß verlief nicht ohne Probleme. Adelsgruppen standen zueinander in Konkurrenz. Der alte und standesherrliche Adel begriff die gewährten Privilegien nicht als abgeleitetes Recht, sondern als Recht sui

20 H. Barmeyer, Hof u. Hofgesellschaft in Hannover im 18. u. 19. Jahrhundert, in: Möckl Hg., 239–73; K. Freiherr v. Andrian-Werburg, Hof u. Hofgesellschaft in Coburg im 19. Jahrhundert, in: ebd., 207–37.

21 T. Stamm-Kuhlmann, Der Hof Friedrich Wilhelms III. von Preußen 1797–1840, in: ebd., 275–319; D. E. Barclay, Hof u. Hofgesellschaft in Preußen in der Zeit Friedrich Wilhelm IV. (1840–1857), in: ebd., 321–60; ders., The Soldiers of an Unsoldierly King: The Military Advisers of Frederick William IV, 1840–1850, in: Festschrift O. Büsch, Berlin 1988, 247–66; ders., König, Königtum, Hof u. preußische Gesellschaft in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. (1840–1861), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- u. Ostdeutschlands, 36. 1987, 2–21; Stürmer, Reich, 242.

generis. Selbstbewußte Mitglieder des altständischen Bürgertums, wie die württembergische Ehrbarkeit, lehnten selbst in hohen Staatsfunktionen eine Nobilitierung ab.<sup>22</sup> Es blieb bei der Verweigerung. Bürgerliches Selbstbewußtsein drang auch in den kleineren Territorien nur am Rand in die Hofgesellschaft ein. Im Großherzogtum Hessen gab es im 18. Jahrhundert 47 Klassen, die auch das Hofgesinde umschlossen. Im Jahr der Verfassungsgebung (1820) reduzierte eine Reform die Hofrangklassen auf sechs. Von diesen waren zunächst nur die Mitglieder der ersten beiden Hofrangklassen hoffähig. Zu ihnen zählten der hohe Hofadel, die höchsten Beamten sowie kirchliche Würdenträger. Von den anderen Klassen waren nur die adligen Mitglieder, gleichgültig ob neu- oder altadelig, hoffähig. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der Mitglieder der bürgerlichen Oberschicht in der Hofgesellschaft zwar zu; aber diese steigerte trotzdem ihre Exklusivität. Die Regeln der Aufnahme orientierten sich am adligen Leitbild, traten nach fürstlichen Gunsterweisen und nur dann nach Verdienst in Kraft, wenn das Adelsprivileg nicht von vorneherein qualifizierte. Darüberhinaus war die Zahl der Promotionen aus dem Bürgertum begrenzt. Dennoch gewann das bürgerliche Element im Selbstverständnis des Fürsten zunehmend an Gewicht.<sup>23</sup>

Die wachsende Bedeutung des Hofes in der Epoche des Aufgeklärten Absolutismus förderte die Entwicklung zur Differenzierung des Adels und transformierte auf lange Sicht seine Rolle in der Gesellschaft. Die Herausbildung des Hofadels war nicht nur die Folge von Disziplinierungsmaßnahmen des absoluten Fürsten, sondern lag auch im Interesse des Adels selbst. Die Veränderungen der wirtschaftlichen Grundlagen, z. B. die Ablösung der Grundlasten durch Renten, Formen der „Bauernbefreiung“, agrarkapitalistische Unternehmungen des aufsteigenden Bürgertums und das Aufkommen industrieller Wirtschaftsformen, gaben dem Adel durch die Nähe zum Fürsten neue Betätigungsfelder in Verwaltung, Armee und Diplomatie, sicherten seinen Einfluß auf die Reformpolitik. Das Geburtsrecht verlor an Legitimationskraft, da das bürgerliche Leistungsprinzip nicht nur für die nichtadligen Beamten bei Hofe, sondern für den aufgeklärten Fürsten verbindlich wurde. In der Reformepoche kam der Prozeß der Verstaatlichung des Adels im Grundsatz zum Abschluß.

Der Hofadel beherrschte die Chargen der Hofstaaten des Fürsten, der

22 P. Sauer, Der württembergische Hof in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Möckl Hg., 93–127; ders., Der schwäbische Zar, Friedrich – Württembergs erster König, Stuttgart 1984; V. Press, Der württembergische Landtag im Zeitalter des Umbruchs 1770–1830, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 42. 1983, 255–81; W.-S. Kircher, Adel, Kirche u. Politik in Württemberg 1830–1851. Kirchliche Bewegung, Katholische Standesherrn u. Demokratie, Göttingen 1973.

23 H. Dollinger, Das Leitbild des Bürgerkönigtums in der europäischen Monarchie des 19. Jahrhunderts, in: Werner Hg., 325–64; E. G. Franz, Hof u. Hofgesellschaft im Großherzogtum Hessen, in: Möckl Hg., 157–76.

Fürstin, der Prinzen sowie der Prinzessinnen und trat bei der Vergabe der Hofämter in Regierung und Verwaltung immer mehr in Wettbewerb zu bürgerlichen Beamten. Die sozialen Grenzen wurden durch die Nobilitierungspraxis verschleiert. Nur die höheren Hofämter waren der Hofaristokratie, dem Adel mit Ahnenprobe, vorbehalten. Der Hochadel mit dem Recht der Ebenbürtigkeit erschien nur aus gegebenem Anlaß bei Hofe, übernahm darüberhinaus nur in besonderen Fällen Aufgaben.

Am Ende des 18. Jahrhunderts vermochte der Hofadel seine Stellung in der fürstlichen Administration zu behaupten. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Die Wirksamkeit der absolutistischen Regierung hatte ebenso Grenzen wie die Möglichkeiten der Sozialdisziplinierung der altständischen und der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft. Verstärkt wurde diese Lage durch das noch weitgehende Fehlen eines geschulten Beamtentums. So waren es in erster Linie Mitglieder des Hofadels, die zum Teil auch „landfremde“ Adelige waren, und nicht frondierende Land- und Hochadelige, die in der Reformepoche die Abgrenzung und Privilegierung des Adels im Rahmen der neuen Verfassungspolitik durchsetzten. Deswegen hatte der Hofadel die Möglichkeit, feudale Herrenrechte auf der unteren Ebene der Staatsverwaltung und der Gerichtsbarkeit zu wahren. Obwohl er im Vormärz in einem gewissen Gegensatz zum Reformbeamtentum stand, beherrschte er die Ersten Kammern der Landtage sowie die Staatsräte in den deutschen Staaten. Eine Integration in das konstitutionelle System folgte daraus nicht, obwohl den meisten Herrschern und führenden Männern des Adels und des Bürgertums bewußt war, daß die konstitutionelle Monarchie nur bestehen konnte, wenn es gelang, den Adel als Elite und als Stütze der Monarchie zu erhalten. Wie schon die Zeitkritik zum Ausdruck bringt, genügte er den Ansprüchen vielfach nicht.

Die Reformbemühungen, vor allem nach der Revolution von 1848, gingen in zwei Richtungen. Weniger radikal waren die Vorschläge in Bayern und Preußen. Hier sollte eine allgemeine Reform des Adels nach den Kriterien des Grundeigentums, der Leistung und der persönlichen Integrität vorgenommen werden. Dort ging die Diskussion unter König Friedrich Wilhelm IV. um eine „Neubelebung“ des Adels und um die Errichtung einer Pairie. Die sächsische Lösung ging am weitesten. Der Geburtsadel sollte durch einen Amtsadel ersetzt werden. Das wurde als Leitprinzip postuliert und die Gleichberechtigung von Bürgern und Frauen bei der Zulassung zum Hofe vorgeschlagen. Alle Reformen scheiterten am Adel selbst. Ein Erfolg dieser Bemühungen wäre geeignet gewesen, der konstitutionellen Monarchie, wie der liberale Staatsrechtler Johann Caspar Bluntschli meinte, neue Kraft zuzuführen. Offensichtlich glaubten führende Männer in Deutschland nicht daran, daß sich aus der biedermeierlichen Vorstellungswelt bürgerliche Weltoffenheit oder gar bourgeois Lebensgefühl entwickeln könnte. Schon der Freiherr vom Stein, später

Rudolf v. Bennigsen und Heinrich v. Treitschke bedauerten, daß es in Deutschland nicht zur Ausbildung einer echten Aristokratie gekommen sei.<sup>24</sup>

Der Hofadel stellte nach wie vor das Bindeglied feudalaristokratischer Traditionen zur bürgerlichen Gesellschaft dar. Er konnte den Monarchen stützen, aber auch mit ihm konkurrieren. In jedem Fall waren der Hof und die Hofgesellschaft wichtige Instrumente einer vielfältigen Einflußnahme. Der Hofadel, wie der gesamte Adel, paßte sich dabei an eine sich modernisierende Gesellschaft und Wirtschaft an. Dies galt vor allem für die technischen und industriellen Neuerungen sowie für hohes Engagement in politischen Parteien und Interessenverbänden. Diese Offenheit korrespondierte, von Ausnahmen abgesehen, mit einer geradezu antimodernistischen Haltung in Fragen der Parlamentarisierung. Gesellschaftliche Differenzierung und Egalisierung, Massengesellschaft und Arbeiterbewegung veränderten die Bedingungen der Wirksamkeit des Hofadels. Das Gruppeninteresse trat stärker in den Vordergrund, ebenso die Integrationsfunktion für die gesellschaftliche Oberschicht. Auch Tendenzen der Steigerung der Exklusivität lassen sich erkennen. Traditionen des Gottesgnadentums wurden durch die Verbindung des Hofjahres mit dem Kirchenjahr wieder besonders betont. Die Orden der Johanniter und der St. Georgsritter entwickelten neues Leben. Die Formen des höfischen Zeremoniells und der höfischen Etikette wurden zwar vielfach als anachronistisch empfunden, aber bis zum Ende der Monarchie doch ernst genommen und mit Hingabe zelebriert. Die Institution des Hofpredigers gewann an Bedeutung, wie überhaupt die Hofgeistlichen eine besondere Rolle spielten. Ihr Wirken konnte durch die liberal-konfessionelle Toleranz eines Ignaz v. Döllinger ebenso gekennzeichnet sein wie durch die politisch-extremen Parolen eines Adolf Stoecker. In der Regel trugen in den konfessionell gemischten Staaten, etwa in Sachsen und Bayern, die Hofgeistlichen innerhalb der Hofgesellschaft im Interesse der Monarchie zu einem Ausgleich der Gegensätze bei. Sie nahmen bei Hofe eine herausgehobene Stellung ein. Sie leisteten sozusagen Öffentlichkeitsarbeit im Interesse von Fürst und Hof.

Auch wirtschaftlich war der Hofadel besonders abgesichert. Fideikommißfähigkeit, Bestimmungen der Haus- und Familiengesetze, Konnubium mit dem Großbürgertum, Grundbesitz und besondere industriell-agrarische Unternehmen, wie etwa die der schlesischen Magnaten, waren dem Hofadel nicht allein vorbehalten, kamen ihm jedoch am meisten zugute.

24 Barclay, Hof, 335 ff.; Blaschke, 193 ff.; K. Möckl, Königtum u. Hof Maximilians II., in: König Maximilian II. von Bayern 1848–1864. Hg. Haus der Bayerischen Geschichte, Rosenheim 1988, 41–53; W. Demel, Die wirtschaftliche Lage des bayerischen Adels in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: v. Reden-Dohna u. Melville Hg., 237–69; R. v. Bennigsen, Reden Bd. 1, Halle 1922, 61; H. v. Treitschke, Politische u. historische Aufsätze, Leipzig 1865, 501.

Zum Hofadel gehörte, wer tatsächlich oder titularisch einen Hofrang einnahm. Ihn erhielten Mitglieder von Adelsfamilien meist im Jahr der Volljährigkeit durch die Verleihung von Titeln wie Hofjunker, Kammerjunker oder Kammerherr. Neunobilitierte oder Bürgerliche mit dem Titel des Verdienstadels mußten sich mit dem Hofzutritt begnügen, wobei die Ehefrauen in der Regel ausgeschlossen blieben. Den Aufstieg bei Hofe konnte nur die Übernahme höherer Staatsämter bewirken. Sonst sorgte der Monarch für Durchlässigkeit und Flexibilität, wenn er Veränderungen für zweckmäßig hielt und auch stark genug war, ein Gegengewicht gegen die Eigengesetzlichkeit der Hofgesellschaft zu bilden und den Abschließungstendenzen des Hofes entgegenzutreten. Nach Joseph Schumpeter waren die Monarchen auch noch im 19. Jahrhundert die gottwollten „Mittelpunkte“ der europäischen Herrschaftssysteme geblieben. In den deutschen Staaten hatten die Herrscher ohne Zweifel ein besonderes Gewicht. Auf sie war in Entstehung und Funktion der Hof bezogen. Nicht nur in einem formellen, sondern meist auch in einem informellen Sinne war der Hof nicht nur die Repräsentation von Herrschaft, sondern auch ein Instrument der Herrschaft. Die Institution des Hofstaates diente in ihrem hierarchischen Aufbau und in ihrem Zeremoniell der Präsentation des Souveräns. Das Hofzeremoniell richtete sich in seiner Grundtendenz gegen eine Verbürgerlichung der Monarchie. In den deutschen Staaten hatte es daher die Idee des Bürgerkönigtums schwer. Der Hofstaat war die institutionelle Grundlage für das Hofleben, und über die Hofrangordnung wurden weitere Kreise der Gesellschaft in den Bannkreis des Hofes gezogen. Mit diesem Vorgang konstituierte sich die Hofgesellschaft. Sie bot die Möglichkeit des Ausgleichs zwischen Staat und Hof, zwischen Staat und Dynastie, zwischen Bürgertum und Hofadel. Die vermittelnden Mechanismen waren Nobilitierung, Hofrang, Ordens- und Titelverleihung. Eine Schlüsselstellung nahm der Hofadel ein. Er wahrte nicht nur die Traditionen, sondern gewährleistete auch, daß sich der materielle Einsatz in Sozialprestige niederschlug.

Die Anziehungskraft des Hofes auf die bürgerlichen Oberschichten in Beamtentum und Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft war groß. Das galt weniger im Hinblick auf Berufsethos und soziale Gesinnung, wohl aber auf Lebensstil und gesellschaftliches Verhalten, die sich an einem idealisierten, romantisch-verklärten adeligen Leitbild orientierten. Man ließ es sich etwas kosten. Die Ordensinsignien in Preußen kosteten 1914 450 000 Mark, und für den Titel des Kommerzienrates mußte man 75 000 Mark aufwenden. Der Herausgeber der „Insel“, der Bremer Multimillionärssohn Alfred Walter (v.) Heymel machte für die Verleihung des erblichen bayerischen Adels 1907 eine Dotation von einer Million Mark.<sup>25</sup> Die Bemühungen um adelige Attribute seitens Bürgerlicher wurden in der Literatur häufig the-

25 K. Möckl, Hof u. Hofgesellschaft in Bayern in der Prinzregentenzeit, in: Werner Hg., 183–235, 195.

matisiert, etwa bei Theodor Fontane, Thomas Mann, Georg v. Ompteda und populärer bei Hedwig Courths-Mahler. Die Versöhnung von Bürgertum und Adel gelang nicht, wohl ein Interessenausgleich. Insbesondere der Hofadel verstärkte um die Jahrhundertwende seine geburtsständisch-begründete Exklusivität. Abwehrhaltungen und sozialpsychische Gründe brachten selbstbewußte Teile des Bürgertums dazu, in den Traditionen liberal-bürgerlicher Elitenvorstellungen zwischen Adel und Aristokratie zu unterscheiden. Das Aristokratische wurde, wie es Friedrich Nietzsche auf den Punkt brachte, der Attribute des Standes und des Geblüts entkleidet und allein auf die Qualität der Persönlichkeit beschränkt, Qualitäten, die sich jeder Mensch aneignen konnte.

Auch wenn der Hof in den meisten deutschen Einzelstaaten keine dominierende Rolle im öffentlichen Leben mehr zu spielen vermochte, blieb ihm doch vielfach die kulturelle Hegemonie. Kunst und Wissenschaft, Theater, Oper, Bibliotheken, Sammlungen und Bauvorhaben waren in hohem Maße seine Domänen. Das fürstliche Mäzenatentum hob sich immer noch deutlich vom bürgerlichen Gönnerum ab. Das galt nicht nur für die großen Herrscherhäuser, sondern auch für das kleine Sachsen-Meiningen, wo der „Theaterherzog“ Georg II. die berühmte Meininger Bühne gründete.<sup>26</sup> Die großbürgerliche Wohn- und Baukultur folgte eher der Konvention und dem Zeitgeschmack der adelig geprägten Welt. Gegenakzente fanden sich höchstens außerhalb des Großbürgertums. Es war nur insofern der Erbe aristokratischer Kultur, als es die Ästhetik der Aristokratie übernahm und sie nach den eigenen Bedürfnissen veränderte. Gleichwohl zeigten sich um die Jahrhundertwende auch verbindende Elemente zwischen der großbürgerlichen Architektur und dem großbürgerlichen Lebensstil einerseits, der Lage und der Weltdeutung des Hofadels andererseits. Sicherlich gab es nach Georg Simmel für beide Gesellschaftsgruppen einen neuen Identifikationsbedarf, da sie sich von den traditionellen Lebenskreisen wegbewegten.

Der Hofadel zerfiel im 18. und im 19. Jahrhundert in einzelne Gruppen. Die Neunobilitierten nahmen zahlenmäßig zu, bildeten aber keine Einheit. Eine Hofpartei formierte sich von Zeit zu Zeit nicht nur als Interessenvertretung des Hofes nach außen, sondern auch als Gegengewicht zum Monarchen, wenn er sich Einflüssen öffnete, die den oft vermeintlichen Interessen des Hofes zuwiderliefen. Der Hofadel erhob den Anspruch, die „wahren“ Interessen der Monarchie auch gegen den jeweiligen Amtsinhaber zu vertreten. Der Hof, dessen Sachwalter der Hofadel zu sein beanspruchte, repräsentierte eine Institution von langer Dauer, die in vorkonstitutionelle Zeit zurückreichte und sich den Institutionen des Staates überlegen fühlte

26 P. U. Hohendahl u. P. M. Lützeler Hg., *Legitimationskrisen des deutschen Adels 1200–1900*, Stuttgart 1979; A. Paul, *Das Meininger Hoftheater u. der Historismus*, in: Werner Hg., 313–23; M. Reich-Ranicki, T. Mann u. die Seinen, Stuttgart 1987, 241.

und sich neben den Institutionen der Armee und der Kirche zu behaupten gedachte. Der Hofadel war das Rückgrat des Hofes. Auch wenn autokratische Monarchen, wie Georg V. von Hannover und Ludwig I. von Bayern, seinen Einfluß zurückdrängen oder ausschalten konnten, war es in der Regel doch so, daß die Institution des Hofes durch den Hofadel unabhängig von Neigungen, Lebenswandel oder Befähigung des jeweiligen Herrschers, Eigenständigkeit besaß und handlungsfähig war. Das spürte Ludwig I. 1848 ebenso wie der Welfenherrscher 1866.

Die Höfe und die Hofgesellschaften der deutschen Herrscher wiesen keine einheitliche Struktur auf. Einerseits war der Hof eine aristokratische Form, die sich mehr und mehr mit bürgerlichem Inhalt auffüllte, und andererseits bewahrte gerade der Hofadel durch seine kastenmäßige Abschließung das Prinzip der feudalen Ungleichheit auch im bürgerlichen Zeitalter. Die Hofrangliste des Großherzogtums Hessen von 1831 enthielt in der ersten Klasse von 20 Exzellenzen nur einen Bürgerlichen, aber bereits in der zweiten Klasse überwog das bürgerliche Element, wobei aber nur die ersten beiden Klassen hoffähig waren, also zum Hofadel gehören konnten. 1833, als die dritte Rangklasse hoffähig wurde, war die Hälfte der Mitglieder bürgerlicher Herkunft. So blieb es bis 1880. Von den 254 Mitgliedern der sechs obersten Hofrangklassen, beschränkt auf die Residenz in Darmstadt, waren nunmehr über die Hälfte, etwa 60 %, bürgerlich. Diese Zahl wäre noch erheblich höher, würde man das ganze Land miteinbeziehen. Der Hof behielt aber seine Leitfunktion, wenn auch mit zum Teil bürgerlichen Attitüden. So ließen sich noch kurz vor dem Ende der Monarchie der letzte Ministerpräsident Carl Ewald und der letzte Generaladjutant Ferdinand Hahn nobilitieren, obwohl sie der durchaus progressive letzte Großherzog Ernst Ludwig, der die Zeichen der Zeit erkannte, keineswegs dazu animierte.<sup>27</sup>

Im Habsburger Reich war „der dynastische Gedanke als staatliches Lebensprinzip“ am stärksten ausgeprägt.<sup>28</sup> Die Aristokratie bildete am Wiener Hof den Kern des Hofadels. Sie schloß sich durch das Prinzip der Ebenbürtigkeit und stilisierten Exklusivität ab. Den im 19. Jahrhundert Nobilitierten blieb durch Verweigerung der Hoffähigkeit und der sozialen Gleichstellung im Grunde der Zugang zum Hofe verwehrt, auch wenn sie da und dort durch das Zeremoniell eingebunden wurden, was nach der Mitte des Jahrhunderts hoffähig hieß, aber doch nicht war. Hoffähig war letztlich nur die Aristokratie mit Ahnenprobe, d. h. mit 16 adligen Ahnen. Auf sie allein beschränkte sich das Hofleben um den Monarchen. 1914 umfaßte diese Hofaristokratie 300 Mitglieder. Kronprinz Rudolf, auch

27 Franz, Hof, 173; Ernst Ludwig, Großherzogtum von Hessen u. bei Rhein, Erinnerertes, Hg. E. G. Franz, Darmstadt 1983.

28 So H. Hantsch, Die österreichisch-ungarische Monarchie, Bd. 2, Wien 1950, 294, zit. nach: D. Langwiesche, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1848, München 1985, 116.

Kaiserin Elisabeth suchten diesen Ring um die Krone zu durchbrechen und direkte Beziehungen zum „Volk“ herzustellen. Es gelang ihnen nicht.<sup>29</sup>

In Preußen galt das Rang-Reglement von 1713 bis zur Reichsgründung. Seither trat an seine Stelle das Hofrangreglement von 1871. Die enge Verbindung von Staat und Dynastie bedeutete hier wie in den meisten deutschen Staaten, daß die Hof- oder Courfähigkeit kein exklusives Recht des Hofadels war. Jedoch wahrte der preußische Hofadel zu jeder Zeit seine privilegierte Stellung. In der wilhelminischen Zeit steigerte er seine Exklusivität und seinen politischen Einfluß. Sein Gewicht ist unbestritten, unabhängig davon, ob man von Feudalisierungstendenzen im Bürgertum spricht oder eine Verbürgerlichung der deutschen Monarchien sieht.<sup>30</sup> Die Bedeutung des Hofadels ergab sich im deutschen Kaiserreich aus der Existenz der Höfe und der in Staat und Gesellschaft wirkenden Hofgesellschaft. Adel und Bürgertum standen durch das Medium des Hofes in einer osmotischen Beziehung. Der Hofadel wurde aus beiden Gesellschaftskreisen gespeist. Aber er legte zusammen mit dem Monarchen die Regeln dieser Beziehung fest. Das galt für die Nobilitierung, Standeserhöhung und Ordenverleihung, für das Recht der Ebenbürtigkeit, die Zuweisung des Hofranges, die Fragen der Etikette, des Zeremoniells, der Kleiderordnung sowie die Vergabe von Privilegien. Die kulturelle Bedeutung der Höfe war in den deutschen Einzelstaaten größer als im Deutschen Reich oder in Preußen. Im Ganzen aber erschienen die Hofgesellschaften als Spiegelbild der gesellschaftlichen Oberschichten.

Hofadel und Hof stellten bei der Entwicklung vom ständischen zum konstitutionellen System wichtige Elemente der Kontinuität dar. Der absolute Fürst konnte zwar Teile des Adels an seinen Hof ziehen, so entstand der Hofadel, aber im 18. Jahrhundert von einer Zähmung des Adels zu sprechen, wäre zu weit gegriffen. Wenn dies möglich war, geschah es bereits im 17. Jahrhundert. Der Adel suchte gerade in der Zeit des Aufgeklärten Absolutismus bei Hofe Chancen und Einfluß. Deswegen fand sich an den deutschen Höfen vielfach neben dem „einheimischen“ auch ein „landfremder“ Adel. Dieser Hofadel unterschiedlicher Provenienz war es, der nicht nur den traditionellen Hof veränderte und den Hof der konstitutionellen Monarchie vorprägte, sondern durch seine führende Beteiligung an den staatlichen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die Verstaatlichung des Adels, aber auch für seine verfassungsmäßig privilegierte

29 Siehe Anm. 19

30 H. Kaelble, *Wie feudal waren die deutschen Unternehmer im Kaiserreich?*, in: R. Tilly Hg., *Beiträge zur quantitativen vergleichenden Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 1985, 148–71; dazu der Kommentar von H. Jaeger, 172–74; H. Kaelble, *Französisches u. deutsches Bürgertum 1870–1914*, in: J. Kocka u. U. Frevert Hg., *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Bd. 1., München 1988, 107–40; F. Zunkel, *Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834–1879*, Köln 1962; H. Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik 1890–1918*, Bonn 1967, 173 ff.

Stellung sorgte. Das Selbstbewußtsein des Hofadels speiste sich daher aus zwei Traditionen, dem politischen Reformdenken und der legitimistisch-geburtständischen Einstellung. Beide erlaubten ihm, im konstitutionellen System zu bestehen, auch dessen Wandel zu dulden oder zu unterstützen. Durch seine Leitfunktion wirkte er für die Führungsschicht integrierend und trug durch die Öffnung der Hofgesellschaft für die Spitzen des Bürgertums zur Elitebildung bei. Das gab es auch in anderen europäischen Staaten; aber für Deutschland darf nicht vergessen werden, daß mit der Domestizierung des Adels durch den modernen Staat für das Großbürgertum Anpassung an den Adel nicht nur vom Gesellschaftsprestige her wünschenswert, sondern durch die privilegierte Stellung des Adels auch erstrebenswert war. Die Grenzen der Reformbereitschaft des Hofadels zeigten sich immer dann, wenn die Grundlagen des ihn bedingenden Systems in Frage gestellt wurden. Das mußten die aufgeklärten Fürsten ebenso erkennen wie die „revolutionären“ Reformbeamten, die Liberalen der 30er und 40er Jahre und die Anhänger des Parlamentarismus im Kaiserreich. Insofern bestand eine Wechselwirkung zwischen der Wirkung des Hofadels und der Ausprägung des konstitutionellen Systems.

Diese Ausführungen werfen in zweierlei Hinsicht Schlaglichter auf die eingangs erwähnte Interpretation Max Webers. Zunächst nahm der Amtscharakter des Herrschertums in einer Weise zu, daß das Ende der Monarchie 1918/19 keineswegs zwangsläufig war. Schließlich wollte und konnte der Hofadel den Prozeß der Rationalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft nicht aufhalten. Aber er war ein so wichtiger gestaltender Faktor, daß er die Formgebung der Gesellschaft beeinflussen konnte. Das geschah jedoch in einer Weise, die dem politischen System nicht jene innovative Kraft vermittelte, die nötig gewesen wäre, um den Herausforderungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gerecht zu werden. Hier liegen wesentliche Unterschiede zu den Verhältnissen in England und Frankreich.